



Noch nie so schlecht wie heute

Landesversammlung 2024 kritisiert Mangelwirtschaft im Gesundheitssystem

Der FVDZ Bayern sieht die ambulante, flächendeckende und wohnortnahe zahnärztliche Patientenversorgung in Bayern massiv gefährdet. Entsprechend brachte die diesjährige Landesversammlung eine Resolution auf den Weg nach Berlin. Weitere Forderungen der freiverbandlichen Delegierten aus allen bayerischen Bezirken einschließlich München Stadt und Land betreffen die Budgetierung, die elektronische Patientenakte (ePA) und die MVZ-Thematik.

Deutlich verjüngt diskutierte die Landesversammlung an zwei Tagen über die Themen, die den Zahnärztinnen und Zahnärzten in Bayern unter den Nägeln brennen. Die Resolution zeigt den Frust der Delegierten über den Sparkurs der Regierung: „Die bestehenden Rahmenbedingungen für zahnärztliche Praxen – strikte Budgetierung, ausufernde Bürokratie, Fachkräftemangel, steigende betriebswirtschaftliche Kosten – waren noch nie so schlecht wie heute.“ Als Folge der auf den stationären Gesundheitssektor fokussierten aktuellen Gesundheitspolitik kritisiert der FVDZ Bayern, dass im ambulanten Bereich ältere Kolleginnen und Kollegen bestärkt werden, ihre Praxen vorzeitig aufzugeben und junge Kollegen „aller notwendigen Anreize beraubt werden, eine Zahnarztpraxis zu übernehmen oder zu gründen“. Seine Forderung: Bundesregierung und Landesregierungen müssen dringend den ambulanten Sektor stärken und die Gesundheitspolitik zukunftsorientiert gestalten. „Zahnärztinnen und Zahnärzte brauchen Planungs- und Investitionssicherheit!“

Durch die Wiedereinführung von strikten Budgets, einem sich verschärfenden Personalmangel und einer auf dem Niveau von 1988 eingefrorenen privatärztlichen Vergütung sei die Lage der Zahn-

arztpraxen extrem angespannt, heißt es in der Resolution weiter. „Der in vielen ländlichen Regionen ständig zunehmende Zahnärztemangel führt schon jetzt dazu, dass Patienten länger auf einen Termin warten müssen oder erst gar keinen Hauszahnarzt finden.“ Die Landesversammlung verweist auf eine Prognose der KZVB, wonach in den kommenden fünf Jahren 30 Prozent der Kolleginnen und Kollegen ohne Nachfolger in den Ruhestand gehen würden.

„Der bestehende rigide Sparkurs der Bundesregierung geht erstrangig zulasten unserer Patienten. Als Folge der von der Regierung zu verantwortenden Mangelwirtschaft im Gesundheitssystem werden medizinisch indizierte zahnärztliche Leistungen nicht mehr in dem für die Patienten erforderlichen Umfang erbracht! Der sich zunehmend verknappende finanzielle Spielraum unserer Praxen, Bürokratie und Dokumentationspflichten belasten Zahnärztinnen und Zahnärzte und ihre Teams über die Grenze des Erträglichen.“

Auf diesen Zustandsbericht des FVDZ Bayern aufbauend, fordert die Landesversammlung vom Bundesgesundheitsminister, die Sicherstellung der flächendeckenden zahnmedizinischen Versorgung

durch die Gesetzgebung nicht weiter zu schädigen. Die bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, dieser Gesetzgebung entgegenzuwirken. Des Weiteren fordert der FVDZ Bayern die Aufhebung der Budgetierung im zahnmedizinischen Bereich vom Lauterbach-Ministerium und endlich ein Regulierungsgesetz für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) vorzulegen.

An die bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte richtet die Landesversammlung den Appell, die geplante Plakataktion (OPT OUT) zum Widerspruch gegen die verpflichtende Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA) zu unterstützen, weil sie aus Sicht des FVDZ Bayern die Sicherheit der Gesundheitsdaten aller Versicherten gefährdet.

Sowohl der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Christoph Benz, als auch der Bundesvorsitzende des FVDZ, Dr. Christian Öttl, kritisierten die Gesundheitspolitik und die Gesetzesvorhaben des Bundesgesundheitsministers in ihren Grußworten vor der Landesversammlung. „Alle verlieren“, so Professor Benz: „Patienten, Zahnärzte, Staat.“

Anita Wuttke
FVDZ Bayern